



Pressemitteilung

Nr. 15

München, 05.03.2010

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e.V.

Pressereferat

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Pauschale Lehrerstundenzuweisung sorgt für Ärger

Der BLLV-Präsident kritisiert, dass bei der Einführung von Mittelschulen Probleme von „oben“ nach „unten“ delegiert werden / Kleine Schulstandorte besonders gefährdet

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@bllv.de
www.bllv.de

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

München - Aus Sicht des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) delegiert das Kultusministerium die mit der Erhaltung kleiner Schulstandorte verbundenen Probleme von „oben“ nach „unten“ - nach dem Motto: Wer einen kleinen Schulstandort erhalten will, kann das tun, Unterstützung dafür gibt es allerdings nicht. So geht aus der kürzlich im Ministerrat vorgestellten Gesetzesgrundlage zur Einführung von Mittelschulen hervor, dass die Zuweisung von Lehrerstunden pauschal an die Schulverbände erfolgen soll. Sie orientiert sich demnach an der Gesamtzahl der Schüler im jeweiligen Verbund und nicht an den Bedürfnissen der einzelnen Schule. Aus Sicht des BLLV sind dadurch Konflikte über die ohnehin knappe Stundenverteilung und damit über die Qualität des pädagogischen Angebotes einzelner Schulen innerhalb des Verbundes programmiert. Für weitere Unruhe sorgt die im Nachtragshaushalt vorgesehene Streichung von 17 Millionen Euro aus dem Bereich der Grund- und Hauptschulen. „Wenn sich herausstellt, dass aufgrund dieser Kürzungen für das ehrgeizige Projekt Mittelschule zu wenig Lehrer zur Verfügung stehen, scheitert es, noch ehe es gestartet ist“, warnte BLLV-Präsident Klaus Wenzel. Er forderte Kultusminister Spaenle auf, rasch für Klarheit zu sorgen. „Bei der Lehrerstundenzuweisung muss von der Pauschalierung abgesehen und über eine differenzierte Förderformel nachgedacht werden. Der Erhalt kleiner Schulstandorte darf nicht zusätzlich erschwert werden.“

Der BLLV hält es für unakzeptabel, dass künftig der jeweilige Leiter eines Schulverbundes mit seinem Kollegium darüber entscheiden soll, wie die pauschal zugewiesenen Lehrerstunden aufgeteilt werden. „Da ist Ärger programmiert“, erklärte Wenzel. Weil auch kleine und kleinste Schulstandorte Lehrerinnen und Lehrer brauchen, ist die Gefahr groß, dass ihr Erhalt zum Luxus wird, den sich kaum jemand leisten kann. Sie werden sich dann den Vorwurf gefallen lassen müssen, ohnehin begrenzte Kapazitäten aufzufressen.

Die pauschale Zuweisung von Lehrerstunden mindert außerdem die Attraktivität kleiner Schulen: Während sie gerade noch den im Lehrplan vorgesehenen Pflichtunterricht aufrecht erhalten können, bieten große und mehrzügige Schulen attraktive Wahl- und Fördermöglichkeiten an, was letztlich zu einer Zentralisierung, also der Auflösung des wohnortnahen Bildungsangebotes führt.



Wenzel wies erneut darauf hin, dass die skizzierten Probleme vom Tisch wären, wenn die Schulen vor Ort einen Realschulabschluss anbieten dürften. Dann würde ein Großteil der Schüler am Ort unterrichtet werden.

Der BLLV ist überzeugt: Wer wohnortnahe Schulen erhalten will, muss entweder ihre Attraktivität steigern, indem er den Schulen erlaubt, auch einen Realschulabschluss anzubieten oder aber er muss viel Geld in die Hand nehmen und die Bildung kleinster Klassen finanzieren. Eine Kombination beider Vorgehensweisen kann dabei durchaus sinnvoll sein. Der BLLV-Präsident: „Südtirol macht uns bereits erfolgreich vor, wie es funktioniert.“ Er bedauerte, dass der Bayerischen Staatsregierung für echte Reformen offensichtlich der Mut und für die notwendige Ausstattung der finanzpolitische Wille fehlten. Vielmehr erhärte sich der Eindruck, „dass sich die bayerische Schul- und Bildungspolitik immer mehr aus der Verantwortung zurückzieht, wenn es um den Erhalt wohnortnaher Schulen geht.“

Die Einführung von Mittelschulen wirft aus Sicht des BLLV noch eine ganze Reihe weiterer Fragen auf: So sind viele für die Umsetzung substantielle Fragen offen, beispielsweise, wie hoch die Fahrtkosten im Schulverbund zum Mittleren Reife Zug, zur Ganztagschule oder zum berufsorientierten Unterricht tatsächlich sein werden. Vielen Schülern, Eltern und Lehrern ist außerdem nicht klar, was es mit den neuen Abschlüssen auf sich hat: Wodurch unterscheiden sie sich vom Realschulabschluss und vom bislang angebotenen Abschluss eines M-Zuges an Hauptschulen?

Was die im Nachtragshaushalt vorgesehene Streichung von 17 Millionen Euro aus dem Bereich der Grund- und Hauptschulen betrifft, appellierte der BLLV-Präsident an den Kultus- und den Finanzminister, noch einmal zu überdenken, welche Konsequenzen dieser Schritt für die betroffenen Schulen, insbesondere für Hauptschulen und künftige Mittelschulen hätte. „Sie sollten die bei vielen Lehrkräften inzwischen große Sorge ernst nehmen, dass tragende pädagogische Konzepte, die für Mittelschulen vorgesehen sind, wegen Lehrermangel gar nicht umzusetzen sind.“ ♦